

Bernd Gehrke/Gerd-Rainer Horn (Hrsg.)

## Studien zum »proletarischen Mai« in Europa



VSA

# Inhalt

Gerd-Rainer Horn/Bernd Gehrke <b>Leerstellen und Herausforderungen – zur Problematik dieser Anthologie</b> .....	7
---	---

## Europa

Gerd-Rainer Horn <b>Arbeiter und »1968« in Europa: Ein Überblick</b> .....	27
---	----

## Die beiden deutschen Staaten

Peter Birke <b>Der Eigen-Sinn der Arbeitskämpfe</b> .....	53
Wilde Streiks und Gewerkschaften in der Bundesrepublik vor und nach 1969	

Karl Lauschke <b>Der Wandel in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung nach den westdeutschen Septemberstreiks</b> .....	76
---	----

Michael Hofmann <b>»Solidarität mit Prag«</b> .....	92
Arbeiterproteste 1968 in der DDR	

Bernd Gehrke <b>1968 – das unscheinbare Schlüsseljahr der DDR</b> .....	103
--	-----

## Mittel- und Osteuropa

Peter Heumos <b>Betriebsräte, Betriebsausschüsse der Einheitsgewerkschaft und Werkstättenräte</b> .....	131
Zur Frage der Partizipation in der tschechoslowakischen Industrie vor und im Jahr 1968	

Lenka Kalinová <b>Das Verhalten der tschechischen Arbeiterschaft im Jahre 1968</b> .....	160
---	-----

Andrea Genest <b>Zwischen Anteilnahme und Ablehnung – die Rollen der Arbeiter in den Märzereignissen 1968 in Polen</b> .....	185
Marcin Zaremba <b>Am Rande der Rebellion</b> .....	210
Polnische Arbeiter am Vorabend des Arbeiteraufstandes im Dezember 1970	
<b>Westeuropa</b>	
Rik Hemmerijckx <b>Mai '68 und die Welt der Arbeiter in Belgien</b> .....	231
Frank Georgi <b>Selbstverwaltung: Aufstieg und Niedergang einer politischen Utopie in Frankreich von den 1968er bis zu den 80er Jahren</b> .....	252
Reiner Tosstorff <b>Spanien: 1968 und die Arbeiter – eine andere Bewegung?</b> .....	275
Marica Tolomelli <b>Studenten und Arbeiter 1968 in Italien</b> .....	295
Möglichkeiten und Grenzen eines schwierigen Verhältnisses	
Vittorio Rieser <b>Studenten, Arbeiter und Gewerkschaften in Italien zwischen 1968 und den 1970er Jahren</b> .....	314
<b>Autorinnen und Autoren</b> .....	332

Peter Birke

## **Der Eigen-Sinn der Arbeitskämpfe**

Wilde Streiks und Gewerkschaften in der Bundesrepublik vor und nach 1969<sup>1</sup>

Als Anfang September 1969 die Beschäftigten der Hoesch AG in Dortmund in einen wilden Streik traten, um eine lineare Lohnerhöhung zu fordern, war dies für die bundesdeutsche Öffentlichkeit eine Überraschung. Und als die Aktion zu einem schnellen Zugeständnis der Unternehmer führte und von den Beschäftigten in zahlreichen weiteren Betrieben nachgeahmt wurde, wurde bereits die Frage gestellt, ob sich nun eine schon verschwunden geglaubte »Arbeitermilitanz« erneuere. Die »wildenen,« d.h. sowohl illegalsierten als auch nicht von den Gewerkschaften unterstützten Streiks waren eine Sensation, sie erschienen den meisten Kommentatoren als etwas in der bundesdeutschen Geschichte völlig Neues und Einzigartiges.

Die Arbeitskämpfe schafften es somit zwar in die Hauptnachrichten, aber nach einer eigenen Geschichte der »eruptiven Ausbrüche« und »untypischen Ereignisse« zu suchen, schien überflüssig zu sein. Das zeitgenössische Bild von den »spontanen Streiks« enthielt insofern auch eine implizite Wertung gegenüber den betrieblichen sozialen Konflikten der 1960er Jahre, die bis heute auch in der Forschung fast nie hinterfragt wird: Bis 1969 galt die »Arbeiterklasse« als »befriedet,« die sporadischen Arbeitskämpfe wurden gemeinhin nicht als Anfechtung der Sozialpartnerschaft gesehen. Insbesondere lokale wilde Streiks wurden öffentlich meist überhaupt nicht wahrgenommen und dementsprechend nicht einmal in der kleinen gewerkschaftsnahen Öffentlichkeit systematisch ausgewertet. Diese Ignoranz spiegelte sich noch in der seit den Septemberstreiks aufblühenden »Streikforschung,« die, obwohl sie bis Mitte der 1970er Jahre unzählige Texte produzierte, die

<sup>1</sup> Grundlage des folgenden Textes ist die Dissertation zur Geschichte der wilden Streiks im bundesdeutsch-dänischen Vergleich für den Zeitraum von 1950 bis 1973: Peter Birke, »60 Pfennig zu wenig – muss eine Mark.« Wilde Streiks und Gewerkschaften im bundesdeutsch-dänischen Vergleich, 1950-1973, Diss., Hamburg 2006. Die Buchfassung erscheint im Herbst 2007 unter dem Titel Wilde Streiks. Vom unsichtbaren Protest zum Massenstreik: Arbeitskämpfe in der Bundesrepublik und Dänemark der 50er bis 70er Jahre.

Vorgeschichte der Streikwelle nach 1969 fast durchgehend nicht berührte. Dabei hatten gerade die lokalen wilden Streiks bei der Transformation der Streikkultur bis 1969 eine entscheidende Rolle gespielt. Im vorliegenden Text werde ich zunächst skizzieren, wie sich seit den späten 1950er Jahren in der Bundesrepublik eine spezifische Tradition wilder Streiks herausbildete, ohne deren Berücksichtigung die Entstehung der Streikwelle des Septembers 1969 kaum nachvollziehbar ist. Im Anschluss gehe ich auf den Ablauf dieser Streikwelle ein, und schließlich werde ich schildern, welche Veränderungen in den Schwerpunkten und Gegenständen in den Arbeitskämpfen bis 1973 sichtbar wurden.

### Wilde Streiks als Indikatoren »unsichtbarer« sozialer Konflikte

Eine der ersten Feststellungen der Streikforschung der frühen 1970er Jahre war, dass die offizielle Statistik über Arbeitsniederlegungen zahlreiche systematische Fehler aufwies.<sup>2</sup> Deshalb wurden »alternative« Statistiken erstellt, die unter anderem dokumentierten, dass sich in der »offiziellen« Statistik insbesondere die Geschichte der lokalen, wilden Streiks nicht widerspiegelte. So ergab sich schließlich ein differenziertes Bild von der »Außenseite« der bundesdeutschen Streikgeschichte (siehe Tabelle 1).

Insgesamt wurden für den Zeitraum von 1949 bis 1976 mehr als 1500 Arbeitsniederlegungen gezählt, die nicht von einer Gewerkschaft sanktioniert und damit angesichts des in der Bundesrepublik kodifizierten gewerkschaftlichen Streikmonopols nicht legal waren. Ein erster Blick auf deren Verteilung zeigt, dass ihre absolute Zahl um 1960 einen Tiefpunkt erreichte, um und nach 1970 dagegen Spitzenwerte, was die Vorstellung von einem »eruptiven Auftauchen« der wilden Streiks in der bundesdeutschen Öffentlichkeit nach 1969 zunächst zu bestätigen scheint. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich jedoch, dass die Bedeutung der wilden Streiks bereits seit der zweiten Hälfte der 1950er Jahre wuchs und im Laufe der 1960er Jahre nach und nach zu einem außerordentlich dynamischen Moment der bundesdeutschen Arbeitskämpfgeschichte wurde. In der Statistik drückt sich das insofern aus, als der Anteil der wilden Streiks an den Streikbewegungen insgesamt in der Pe-

<sup>2</sup> Vgl. Walther Müller-Jentsch, Streiks und Streikbewegungen in der Bundesrepublik 1950-1978, in: Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften, hrsg. von Joachim Bergmann, Frankfurt/Main 1979, S. 66-68.

Tabelle 1: Nicht gewerkschaftlich organisierte Streiks, 1945-1976<sup>1</sup>

Zeitraum	Fälle	Anteil an allen Streiks in %	Betriebe	Anteil an allen Streiks in %	Ausfalltage	Ausfalltage pro Fall
1949-1952	141	45,0	1.069	14,7	248.359	1.761
1953-1956	66	40,0	72	2,1	196.524	2.978
1957-1960	83	57,6	94	5,5	87.092	1.049
1961-1964	73	60,3	112	18,9	31.779	435
1965-1968	156	85,7	556	38,3	149.036	955
1969-1972	606	90,6	1.875	67,5	610.477	1.007
1973-1976	673	94,0	1.726	33,4	511.485	760

<sup>1</sup> Hasso Spode, Heinrich Volkmann, Günther Morsch und Rainer Hudemann, Statistik der Arbeitskämpfe in Deutschland, St. Katarinen 1992, 395, eigene Berechnungen der Anteile der wilden Streiks. Warnstreiks, die bis Mitte der 1970er Jahre de facto illegal waren und deshalb jedenfalls offiziell nicht von den Gewerkschaften organisiert wurden, sind in der Tabelle enthalten. Sie spielten allerdings erst seit 1970, als Reaktion auf die Streikwelle, in der bundesdeutschen Arbeitskämpfgeschichte eine entscheidende Rolle.

riode 1957-1960 auf ein in der bundesdeutschen Geschichte bis dahin nicht erreichtes Maß anstieg. Tatsächlich überschritt, wie Volkmann bereits 1978 konstatierte, der Anteil der nicht gewerkschaftlich organisierten und illegalisierten Streiks in Bezug auf die Anzahl der Arbeitsniederlegungen bereits zu diesem Zeitpunkt das Niveau der 1920er und 1930er Jahre. Bis Mitte der 1960er Jahre stieg die quantitative Bedeutung der wilden Streiks dann stetig weiter an, bis sie schließlich 1973-1976 einen vorläufigen Höchststand erreichte.<sup>3</sup> Gleichzeitig wurden die registrierten wilden Streiks im Durchschnitt immer kürzer, was aus dem Verhältnis zwischen der Anzahl von Streik-»Fällen« und dem an den »Ausfalltagen« festzumachenden Volumen

<sup>3</sup> Vgl. hierzu Heinrich Volkmann, Modernisierung des Arbeitskampfes, in: Probleme der Modernisierung in Deutschland. Sozialhistorische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Hartmut Kaelble, Opladen 1978, S. 110-116. Volkmann gehörte gleichwohl noch in den späten 1970er Jahren, also nach den Erfahrungen der Streikwelle von 1969 bis 1973, zu den Vertretern einer reduktionistischen Theorie der »Modernisierung« und damit des tendenziellen »withering away« der offenen Arbeitskämpfe durch die zunehmende Perfektion des »collective bargaining«, eine These, die die nordamerikanische Streikforschung seit den 1950er Jahren vertreten hatte. Vgl. die sehr instruktive Übersicht, auch über die Erforschung der Arbeitskämpfe seit Mitte der 1980er Jahre, bei Friedhelm Boll, Changing Forms of Labor Conflict, in: Strikes, Wars, and Revolution in an International Perspective, hrsg. von Leopold H. Haimson und Charles Tilly, Cambridge 1989, S. 47-54.

der Streiks ersehen werden kann.<sup>4</sup> Auch hier war der »Wendepunkt« eindeutig nicht das Jahr 1969: Die Form der Streiks veränderte sich schon im Kontext des Booms in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre hin zu kurzen, informellen und nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitsniederlegungen. Insgesamt ist festzustellen, dass der Prozess der Neuzusammensetzung und, wenn man so will, »Informalisierung« der Arbeitskämpfe ganz offenbar bereits zehn Jahre vor 1969 einsetzte.

Rainer Kalbitz hat 1972 auf der Grundlage dieses quantitativen Befundes festgestellt, dass »es in der Bundesrepublik eine ungebrochene Tradition spontaner Arbeitsniederlegungen (gibt), in denen (diese) Form der Konfliktaustragung in der Praxis weitervermittelt wird.«<sup>5</sup> In Bezug auf die Septemberstreiks meinte er, dass »in der Ignorierung dieser Tradition (...) der entscheidende Ansatz zur Fehlbewertung« der Streikwelle lag. Angesichts der »Marxismus-Mode« der 1970er Jahre ist erstaunlich, dass es bei dieser Feststellung geblieben ist: Während die Untersuchungen über die Streiks der 1970er Jahre seitdem die Regale füllten, existierte über die Geschichte der bundesdeutschen wilden Streiks der 1960er Jahre bis vor kurzem keine einzige eigenständige Studie.<sup>6</sup> Dies kann auch damit erklärt werden, dass Kalbitz' Forderung nicht so leicht nachzukommen war. Denn die wilden Streiks bildeten historisch eine Art Scharnier zwischen einer diskreten, lokalen Opposition gegen die Zumutungen der taylorisierten Industriearbeit und offenen bzw. veröffentlichten Arbeitskämpfen; ihre statistisch erfasste Seite ist auch im Rahmen »alternativer« Erhebungen stets nur ein (unsicherer) Indikator – wenn man so will, die »Spitze des Eisberges.« Wenn man sich jedoch vornimmt, den Übergang zwischen diskreten Formen der Arbeitsverweigerung (dem »Diebstahl« der Arbeitszeit in allerlei Formen vom »Blaumachen« bis zur ausgedehnten »Zigarettenpause«) und den wilden Streiks zu beschreiben, dann stößt man auf zahlreiche Hindernisse: Die

<sup>4</sup> Die Kategorie »Ausfalltage« benennt die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer multipliziert mit der Dauer der Arbeitsniederlegung. Natürlich entstehen hier allerlei »messtechnische« Schwierigkeiten – gerade im internationalen Vergleich, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll. Im Frühjahr 2007 erscheint ein aus einem transnationalen Forschungsprojekt entstandener Sammelband, der unter anderem die Fallstricke der quantitativen Forschung näher ausleuchtet wird: *Strikes and Lockouts in a Globalizing World, 1965-2005*, hrsg. von Sjaak van der Velden, Heiner Dribbusch und Dave Lyddon, Amsterdam 2007.

<sup>5</sup> Rainer Kalbitz, *Die Arbeitskämpfe in der Bundesrepublik, Aussperrung und Streik 1948-1968*, Diss. (Manuskript), Bochum 1972, S. 187.

<sup>6</sup> Zur Historiografie der Streikforschung siehe: Birke, *Wilde Streiks*, S. 14-21.

organisierte Arbeiterbewegung leugnete traditionell, dass Obstruktion und Resistenz relevante Formen der Organisation waren.<sup>7</sup> In Bezug auf die hier behandelte Periode wurde der blinde Fleck dadurch, dass der Diskurs über die Planbarkeit und Rationalität der betrieblichen Sozialbeziehungen kaum jemals so dominant und erfolgreich war wie auf dem Höhepunkt des »Wirtschaftswunders«, weiter vergrößert.

Die Folge war, dass sich die diskreten, betrieblichen Konflikte in der interessierten Öffentlichkeit nur sehr verschoben und vermittelt darstellten, d.h. vor allem nicht als aktives Handeln, sondern eher als passive Gegenwehr. Als die Arbeitskämpfe angesichts der Rezession von 1966/67 wieder offener ausgetragen wurden, sprach etwa die IG Metall von einem Resultat der verbreiteten »Unternehmerwillkür«. Obwohl dessen Bedeutung in den 1960er Jahren de facto ständig wuchs, galt das lokale »Nachverhandeln« von in zentralen Vereinbarungen erzielten sozialen Fortschritten der Gewerkschaften als »Ausnahme« und (bestenfalls) als Nebenschauplatz der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit.<sup>8</sup>

Die Streikforschung reproduzierte diese Setzung später weitgehend, und bis heute wird eine Auseinandersetzung mit den betrieblichen sozialen Konflikten der 1960er Jahre zudem durch die unübersichtliche und sehr lückenhafte Quellenlage erschwert.<sup>9</sup> Hinzu kommt, dass sich die institutionelle Forschung von der Geschichte der sozialen Kämpfe neuerdings zunehmend völlig abwendet, nicht selten mit dem Argument, dass die wichtigsten Fragen bereits geklärt seien. Dabei wissen wir in der Tat sehr wenig über jenes bizarre und ambivalente Terrain, das die historischen sozialen Kämpfe der 1960er Jahre konstituierte. Nach wie vor besitzen diese Kämpfe, um mit Alf Lüdtke zu sprechen, ihren »eigenen«, das heißt noch zu entschlüsselnden und nach wie vor umkämpften Sinn. Das, was ich im Folgenden kurz skizziere, ist also nicht mehr als der Versuch, einen Beitrag zu dieser »Sinnfindung« zu leisten, wobei ich mich auf die wilden Streiks eben deshalb konzentriere, weil in ihnen das, was Piven und Cloward den »nicht normierten« Anteil der sozialen Konflikte genannt haben, recht deutlich zum Ausdruck

<sup>7</sup> Vgl. hierzu: Birke, *Wilde Streiks*, S. 111-115.

<sup>8</sup> Birke, *Wilde Streiks*, S. 191-199.

<sup>9</sup> Birke, *Wilde Streiks*, S. 44-48. Siehe aber die demnächst erscheinende Untersuchung und Dokumentation: Udo Achten: *Flächentarifvertrag & betriebsnahe Tarifpolitik. Vom Anfang der Bundesrepublik bis in die 1990er Jahre*. Hamburg 2007.

kommt.<sup>10</sup> Anders als diese beiden Soziologen sehe ich jedoch diesen Anteil als permanente Erscheinung. In der »Streikwelle« nach 1969 öffneten die Akteure sozusagen nur ihr Visier, die bereits zuvor vorhandenen sozialen Ansprüche und Forderungen wurden auf den Tisch gelegt und öffentlich verhandelt. Sie modifizierten sich, aber sie entstanden nicht im Augenblick ihrer Veröffentlichung.

### Die Geschichte der wilden Streiks seit Mitte der 1950er Jahre

Die »Verbetrieblichung« und »Lokalisierung« des Kampfes um die Arbeitsbedingungen bei einer gleichzeitigen Zentralisierung der Tarifpolitik war eine allgemeine Erscheinung im nordwestlichen Europa, aber in der Bundesrepublik war dieser Dualismus besonders ausgeprägt. Eine zentrale Rolle spielte in diesem Zusammenhang, dass die BRD ein Grenzland des Kalten Krieges war. In den zwei deutschen Staaten wurde der Systemkonflikt, wie bekannt, besonders drastisch ausgetragen. Die Politik der bundesdeutschen Gewerkschaften wie die der oppositionellen KPD trug dazu bei, dass er auch innerhalb der Betriebe reproduziert wurde.<sup>11</sup> Damit gerieten alle Arbeitskämpfe, und besonders die wilden Streiks, in den Generalverdacht einer »kommunistischen Infiltration«. Zwischen 1949 und 1960 mussten Streikende sehr häufig die Erfahrung machen, dass ihre Forderungen unter dem Druck dieses Generalverdachtes und angesichts der nicht nur angedrohten repressiven Konsequenzen in einem offenen Arbeitskampf, zumal wenn dieser die Tendenz hatte sich auszubreiten, nicht durchzusetzen waren. Das vielleicht prominenteste Beispiel hierfür ist ein wilder Streik, der im August 1955 in zwei Hamburger Werften begann, sich kurz darauf auf andere Betriebe und Städte ausdehnte und schließlich im Zeichen des antikommunistischen Ressentiments förmlich erstickt wurde. Ursache der kleinen Streikwelle war das Missverhältnis zwischen Löhnen und Gewinnen in einer Boomperiode:

<sup>10</sup> Frances Fox Piven und Richard A. Cloward, *Normalizing Collective Protest*, in: *Frontiers in Social Movement Theory*, hrsg. von Aldon D. Morris und Carol Mc Clurg Mueller, New Haven 1992, S. 301-305.

<sup>11</sup> Zu den Auseinandersetzungen um die Ausschlüsse von KPD-Mitgliedern aus den Gewerkschaften vgl. Rainer Kalbitz, *Gewerkschaftsausschlüsse in den 1950er Jahren*, in: *Kritisches Jahrbuch 1977/78*, hrsg. von Otto Jacobi et al., Berlin (West) 1978, S. 159-175, sowie allgemein Alexander von Brünneck, *Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland, 1949-1968*, Frankfurt/Main 1978.

Im August wurde zunächst auf der Howaldtwerft ein »zwischentariflicher« Inflationsausgleich gefordert.<sup>12</sup> Nachdem bereits eine Reihe weiterer Belegschaften mit ähnlichen Forderungen in den Ausstand getreten waren, griff die Hamburger Polizei u.a. durch die Verhaftung eines als »Rädelsführer« definierten Aktivisten ein. Die Streikenden, die den Betrieb vorübergehend besetzt hatten, aber nach Feierabend nach Hause gingen, wurden schließlich ausgesperrt und in die lokale Öffentlichkeit der innerstädtischen Arbeiterviertel verbannt. Dort zerstreute sich der Streik unter dem Druck der massenhaft anwesenden Polizei schließlich. Aus »Sicherheitsgründen« wurde im Anschluss nur ein Teil der Beschäftigten der beiden betroffenen Werften wieder eingestellt, nicht zuletzt wurde das komplette Streikkomitee auf die Straße gesetzt. Das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen – das man in diesem Fall oberflächlich betrachtet kaum für zuständig halten würde – reagierte mit einer Stellungnahme, in der betont wurde, dass man der »kommunistischen Wühlarbeit in den Betrieben« entgegentreten müsse.<sup>13</sup> Tatsächlich war die kleine Betriebsgruppe der KPD auf der Howaldtwerft, die sich zudem in ihrer Politik seit längerer Zeit klar von der Parteilinie abgesetzt hatte, auf den Streik so gut wie gar nicht vorbereitet gewesen.

Auch wenn die Reaktionen der Polizei und der Politik angesichts des Ausmaßes der Streiks als überzogen erscheinen, ihre Botschaft war ein Jahr vor dem KPD-Verbot eindeutig. Wer in aller Öffentlichkeit und sichtbar gegen die eben juristisch etablierte Friedenspflicht verstieß, hatte unter Umständen nicht nur mit dem Verlust des Arbeitsplatzes zu rechnen. Derartige Botschaften wurden von den Beschäftigten verstanden, was aber nicht bedeutete, dass die wilden Streiks verschwanden, sondern dass sich ihr Charakter zu verändern begann. Um dies kurz und prägnant zu charakterisieren, möchte ich einen Zeitzeugen zitieren, der einen Arbeitskampf bei VW in Wolfsburg geschildert hat, der ungefähr derselben Periode, Mitte der 1950er Jahre, zuzurechnen ist. Gegenstand war die Forderung nach einem Fahrtkostenzuschuss:

»Irgendwann jedenfalls haben wir gesagt: ›Jetzt ist Schluß, und haben uns in die Wagen gesetzt. Wir haben gesagt: ›Wir wollen einen Zuschuß zum

<sup>12</sup> Zum Howaldtstreik liegt eine der wenigen ausführlichen und auf Zeitzeugeninterviews beruhenden Studien vor: Ernst August Jüres und Herbert Kuehl, *Gewerkschaftspolitik der KPD nach dem Krieg. Der Hamburger Werftarbeiterstreik 1955*, Hamburg 1981.

<sup>13</sup> Zu diesen Äußerungen und den Folgen der Streiks allgemein siehe Birke, *Wilde Streiks*, S. 78-82.

Fahrgeld haben, und wenn wir das nicht bekommen, bleiben wir hier sitzen«. Die Werksleitung hat daraufhin große Lautsprecher aufgestellt. Es wurde gesagt: »Liebe Mitarbeiter, überlegen Sie doch einmal und arbeiten Sie weiter! Man solle doch weiterverhandeln. Wir haben uns einfach in die Karossen gesetzt und haben geschlafen. Wir wollten solange weiterschlafen, bis die Verhandlungen zu Ende sind. Es ging dann auch sehr schnell; wir haben das Geld gekriegt und weitergearbeitet.«<sup>14</sup>

Das geschilderte Beispiel ist das einer Arbeitsniederlegung, die außerhalb des Betriebes wohl keinerlei öffentliche Wirkung entfaltete. Es ist davon auszugehen, dass die Möglichkeiten solcher Aktionen angesichts der Vollbeschäftigung seit Ende der 1950er Jahre stiegen. Im Takt mit dem Abbau der Erwerbslosigkeit waren kurzfristige Arbeitsniederlegungen oder andere Formen, die an der Grenze zwischen Alltagsresistenz und kollektivem Widerstand angesiedelt waren, relativ erfolgversprechend. Wilde Streiks erhielten, insbesondere in den schnell expandierenden Sektoren der bundesdeutschen Industrie, um 1960 fast ausschließlich eine lokale Bezogenheit.

Allerdings wäre es falsch zu glauben, dass dieser dezentrale Charakter die Arbeitskämpfe zu isolierten Ereignissen machte, denen kein gemeinsames Muster zugrunde lag. Denn die wilden Streiks der frühen 1960er Jahre müssen im Kontext der »zweiten Tarifrunde«, also der lokalen Vereinbarung übertariflicher Lohnbestandteile gesehen werden.<sup>15</sup> In den Gewerkschaften, vor allem in der mit Abstand am meisten betroffenen IG Metall, lösten die Tendenzen einer »unkontrollierbaren« betrieblichen Lohnpolitik seit Ende der 1950er Jahre erhebliche Nervosität aus, gerade angesichts der Tatsache, dass sie in krassem Widerspruch zu einer stark zentralisierten Tarifpolitik standen, die mit den zwischen den zentralen Instanzen von IGM und Gesamtmetall ausgehandelten Arbeitszeitabkommen um 1960 einen ersten Höhepunkt erreichte.<sup>16</sup> Bereits zwischen Spätsommer 1959 und Anfang 1960 kam es in diesem Kontext zu derart zahlreichen betrieblichen Auseinandersetzungen, dass die IG Metall von einer »in der Geschichte der Bundesre-

<sup>14</sup> Wohin läuft VW? Die Automobilproduktion in der Wirtschaftskrise, hrsg. von Reinhard Doleschal und Rainer Dombrois, Hamburg 1982, S. 59.

<sup>15</sup> Zur Bedeutung der »zweiten Tarifrunde« vgl. Müller-Jentsch, Streikbewegungen, S. 39-42.

<sup>16</sup> Vgl. zur Tarifpolitik der IG Metall der 1960er Jahre auch: Wolfgang Schroeder, Industrielle Beziehungen, in: Dynamische Zeiten: Die 60er Jahre in beiden deutschen Gesellschaften, hrsg. von Axel Schildt, Detlev Siegfried und Karl Christian Lammers, Hamburg 2000, S. 494-499.

publik nie da gewesen Streikwelle« sprach, eine Diktion, die angesichts der real ermittelten Zahlen weit übertrieben scheint, aber anzeigt, dass die größte Einzelgewerkschaft in dieser Zeit einen bedrohlichen Kontrollverlust konstatierte.<sup>17</sup> Im gesamten Verlauf der 1960er Jahre blieb dieser Kontrollverlust ein zentrales innergewerkschaftliches Thema, zumal er mit einer Stagnation bei den Mitgliederzuwächsen und mit einem sinkenden Organisationsgrad einherging. Im Winter 1963/64 kam es dann erneut zu einer ganzen Reihe wilder Streiks, die fast gleichzeitig stattfanden, aber so gut wie gar nicht explizit aufeinander bezogen waren.<sup>18</sup> Im Vergleich der beiden Streikwellen ergibt sich eine Kontinuität von betroffenen Betrieben, mit einigen regionalen Schwerpunkten wie der Stahlindustrie im Ruhrgebiet oder den Metallbetrieben in Mannheim. Zugleich differenzierten sich seit etwa 1960 sowohl die Gruppen, die an wilden Streiks beteiligt waren, als auch die Anlässe der Streiks. Was ihre unmittelbaren Ursachen betraf, so geriet die Rationalisierungsfrage zunehmend in den Vordergrund: Die so genannte Akkordschere oder »Angriffe auf die Akkorde« wurden zu einem häufigen Auslöser wilder Streiks.<sup>19</sup>

Seit Anfang der 1960er Jahre traten zudem Streiks auf, die überwiegend oder ausschließlich von den so genannten Gastarbeitern durchgeführt wurden, so z.B. im Februar 1962 in mehreren Zechen im Ruhrkohlenbergbau oder im Winter 1962/63 unter den Bandarbeitern bei VW in Wolfsburg.<sup>20</sup> Neben den Protesten gegen die Arbeitsbedingungen am Band standen hier vor allem die miserablen Wohnverhältnisse im Mittelpunkt. Anders als die Arbeiter mit deutschem Pass mussten die Migranten auch bei lokalen und punktuellen Streiks mit einer harten Reaktion rechnen: Nicht selten riefen die betroffenen Betriebe die Polizei und ließen die vorgeblichen Rädelsführer abschieben. Zugleich ist bemerkenswert, dass für die Zeit um 1962 einige Streiks von ungelerten Industriearbeiterinnen dokumentiert sind, in denen gegen die Lohndiskriminierung gestreikt wurde. Oft unterschätzten sowohl Unternehmer als auch Gewerkschaften die »Kampfkraft« dieser Frauen, so dass die Aktionen gerade im Vergleich zum dominanten Muster der lokalen

<sup>17</sup> Metall Nr. 25, 1959, S. 2.

<sup>18</sup> Andere Zeitung, Nr. 21, 1964, S. 7-8; Metall, Nr. 4, 1964, S. 1 und 4.

<sup>19</sup> Vgl. etwa meine Darstellung der Streiks bei Deere-Lanz in Mannheim: Birke, Wilde Streiks, S. 130-133.

<sup>20</sup> Eine ausführliche quellengestützte Darstellung hierzu findet sich in: Birke, Wilde Streiks, S. 133-136.

Kurzstreiks sich weit überdurchschnittlich in die Länge ziehen konnten.<sup>21</sup> Die oben geschilderte Erfahrung von Paul Noll, dass mit Arbeitsniederlegungen »im Schlaf« zu Geld zu kommen war, blieb insofern eine spezifische Erfahrung einer (im sozialen Aufstieg befindlichen) Schicht von männlichen deutschen Beschäftigten.

Durch die Rezession der Jahre 1966/67 veränderte sich das Muster der wilden Streiks zwar, aber einige der roten Fäden – die Tradition lokaler Streiks, die Konflikte um überbetriebliche Lohnbestandteile und Akkorde, die Ausweitung der Konfliktgegenstände auf die Rationalisierungsfrage – blieben erhalten. Für die Unternehmer war 1967, wie die FAZ im Mai 1968 schrieb, »das Jahr des großen Aufräumens«, das Jahr einer »Reinigungskur«. Die nur leichte Erhöhung der Erwerbslosigkeit auf 2,1% im Jahresdurchschnitt von 1967 verschleierte, dass es zu Beginn der Rezession zunächst einmal darum ging, die prekär Beschäftigten, vor allem die Migranten, vom Arbeitsmarkt zu verdrängen.<sup>22</sup> Zugleich hatte die geschilderte faktische »Verbetriebligung« der Lohnpolitik in der ersten Hälfte der 1960er Jahre zu einer unübersichtlichen Vielfalt von betrieblichen Sozialleistungen geführt: Nicht nur übertarifliche Zuschläge zu den Löhnen, auch Zuschüsse zu allem und jedem – von der Weihnachtsfeier bis zum »Kartoffelgeld« – waren üblich. Die »Reinigungskur« bestand darin, diese »Sonderleistungen« als »Ballast« abzuwerfen. Der leichte Anstieg der Erwerbslosigkeit wurde als Chance ergriffen, die u.a. in den lokalen Arbeitskämpfen erreichten Standards abzubauen. Die Tarifpolitik der bundesdeutschen Gewerkschaften geriet in dieser Situation in eine ernste Krise. Der Eintritt der SPD in die Große Koalition Ende 1966 und die Beteiligung an der Konzertierten Aktion seit dem Frühjahr 1967 verpflichtete die Gewerkschaften auf eine »zurückhaltende Lohnpolitik«, zudem waren sie mit tarifpolitischen Mitteln kaum noch in der Lage, die laufenden Angriffe auf die Effektivlöhne abzuwehren. Die insbesondere von Teilen der IG Metall seit den späten 1960er Jahren entwickelte und nun erneut ins Spiel gebrachte »betriebsnahe Tarifpolitik« wäre vielleicht eine Möglichkeit gewesen, daran etwas zu ändern, aber ihre praktische Umsetzung scheiterte sehr häufig an innerorganisatorischen Interessen, die einen Machtverlust zugunsten der betrieblichen Vertrauensleute

<sup>21</sup> Birke, Wilde Streiks, S. 137-139.

<sup>22</sup> Vgl. Ernest Mandel, Die deutsche Wirtschaftskrise. Lehren der Rezession 1966/67, Frankfurt/Main 1969.

befürchteten.<sup>23</sup> Der Anstieg des Anteils der wilden Streiks an den Arbeitskonflikten in der Rezession spiegelte insofern zugleich die Ohnmacht der Gewerkschaften wider. Insbesondere im Verlauf des Jahres 1967 nahmen die von keiner Einzelgewerkschaft sanktionierten Arbeitskämpfe massiv zu: Der Geschäftsbericht der IG Metall für die Periode von 1965 bis 1967 spricht von insgesamt fast 300.000 Beteiligten an solchen Aktionen.<sup>24</sup> Die IG Metall definierte sie als »gegen Unternehmerwillkür« gerichtet, aber eine genauere Analyse zeigt, dass die Abwehr betrieblicher Lohnkürzungen nicht ihr einziger Gegenstand war. Den Beginn der bundesweiten Protestwelle markierte ein wilder Streik bei dem Druckmaschinenhersteller Faber und Schleicher in Offenbach im Dezember 1966,<sup>25</sup> in dem es um die Entfernung eines Vorgesetzten ging, dem »Antreibermethoden« vorgeworfen wurden. Hinzu kamen Konflikte über die Kontrolle der Arbeitszeit wie bei den ILO-Werken in Pinneberg bei Hamburg im September 1967.<sup>26</sup> Klaus-Peter Surkemper hat in seiner Dissertation über die Geschichte der wilden Streiks, die zwischen 1966 und 1970 bei Hanomag in Hannover und bei der Hoesch AG in Dortmund stattfanden, gezeigt, dass die Kontinuität informeller Netzwerke, deren Verbindungen zur lokalen Öffentlichkeit sowie die Position der Vertrauensleute und Betriebsräte entscheidende Voraussetzungen für das Entstehen von Streikbewegungen größeren Ausmaßes am Ende der 1960er Jahre waren.<sup>27</sup> Diese Aussage kann auch auf die Geschichte der Arbeitskämpfe der 1960er Jahre insgesamt bezogen werden: Die lokalen Streiktraditionen, die »zweite Lohnrunde«, aber auch die soziale Differenzierung der Akteure, die unter anderem durch die von Migranten geprägten Streiks zum Ausdruck gebracht wurde, bildeten den historischen Untergrund, auf dem zunächst die Gegenwehr gegen die Angriffe auf die lokalen Bedingungen (1966/67) und schließlich, im wieder einsetzenden Boom, die Streikwelle von 1969 entstand.

<sup>23</sup> Die Ambivalenz der Tarifpolitik der IGM stelle ich dar in: Birke, Wilde Streiks, S. 191-199.

<sup>24</sup> IG Metall, Geschäftsbericht, 1968, Frankfurt a.M. 1969, S. 132-133.

<sup>25</sup> Vgl. Klaus Steinhaus, Streiks in der Bundesrepublik 1966-1974, Frankfurt/Main 1975, S. 33-35.

<sup>26</sup> Vgl. die Dokumentation in: Das Leben ändern, die Welt verändern! 1968, Dokumente und Berichte, hrsg. von Lutz Schulenburg, Hamburg 1998, S. 92-95.

<sup>27</sup> Klaus-Peter Surkemper, Inoffizielle Streiks, informelle Systeme und betriebliche Ohnmacht: eine empirische Untersuchung ausgewählter inoffizieller Streiks, Diss., Hannover 1981, Band 1.

## Die Septemberstreiks von 1969 und ihre Folgen

Die Streikbewegung vom September 1969 begann als »zweite Lohnrunde« in der Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens. Ihre grundlegenden Voraussetzungen sind schnell geschildert: Die Stahlarbeiter waren im heißen Sommer des Jahres 1969 im Vergleich zur Metallindustrie in Bezug auf die Lohnentwicklung ins Hintertreffen geraten.<sup>28</sup> Gleichzeitig führte der Boom dieses Sektors, der eine langjährige Flaute ablöste, zu einem kurzfristigen Ende des Druckes, der durch Entlassungen ausgeübt werden konnte. Vom 2. bis zum 19. September 1969 verbreitete sich die Streikwelle nach einer erfolgreichen, nur wenige Tage andauernden Arbeitsniederlegung in den Werken der Hoesch AG in Dortmund auf etliche Betriebe vor allem der Montanindustrie in Nordrhein-Westfalen und im Saarland sowie u.a. in Bremen und der Oberpfalz. Insgesamt legten innerhalb von weniger als drei Wochen mindestens 140.000 Menschen die Arbeit nieder, wobei einige Streiks im öffentlichen Dienst und in der Metallverarbeitung in der Literatur oft übersehen und nicht mitgezählt wurden.<sup>29</sup> Die Forderungen der Streikenden konzentrierten sich auf eine lineare Erhöhung der Löhne zwischen 30 und 70 Pfennig, was je nach Lohngruppe einer Erhöhung zwischen etwa 5 und 15% entsprach. Die IG Metall und die IG Bergbau und Energie, die zwar nicht von der »brenzlichen« Situation in den Betrieben im Allgemeinen, aber doch vom Ausmaß der Streiks vollkommen überrascht worden waren, versuchten diese durch vorgezogene Tarifverhandlungen unter ihre Kontrolle zu bringen.

Mit den Septemberstreiks war verbunden, dass die Neue Linke sich verstärkt der Arbeiterbewegung zuwandte. Bereits während der Proteste gegen die Notstandsgesetze im Mai 1968 hatte es eine, allerdings nur punktuell erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen studentischen und betrieblichen Aktivistinnen und Aktivisten gegeben.<sup>30</sup> Zu betonen ist, dass auch die Sep-

<sup>28</sup> Die detaillierteste Darstellung bietet nach wie vor: Institut für marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Die Septemberstreiks 1969, Frankfurt am Main 1969. Zum hier Folgenden siehe die dort vorgenommene Einordnung in den ökonomischen Zusammenhang der bestreikten Sektoren (S. 12-36) sowie die tabellarischen Übersichten über die durch das IMSF registrierten Streiks (S. 36-53). Eine Quellensammlung publizierte: Eberhard Schmidt, Ordnungsfaktor oder Gegenmacht. Die politische Rolle der Gewerkschaften, 2. Auflage, Frankfurt/Main 1972 (1. Auflage: 1971), S. 202-302.

<sup>29</sup> Vgl. Birke, Wilde Streiks, S. 249.

<sup>30</sup> Siehe die Darstellung in: Marica Tolomelli, »Repressiv getrennt« oder »organisch verbündet.« Studenten und Arbeiter 1968 in der Bundesrepublik und in Italien, Opladen 2001, S. 155-158.

temberstreiks die Trennung zwischen der studentischen Rebellion und den Arbeitskämpfen eher akzentuierten als aufhoben. Umfragen haben gezeigt, dass die Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter selbst in den bestreikten Betrieben den Studenten und ihren Aktionsformen gegenüber eine grundlegende Distanz empfanden.<sup>31</sup> Im Verlaufe des Streiks war wohl auch deshalb nur punktuell eine vertrauensvolle Zusammenarbeit möglich, und ihre Voraussetzung war, dass die Studierenden auf jegliche missionarische Anwendung verzichteten. Die »proletarische Wende« eines wichtigen Teils der aus dem SDS hervorgegangenen Gruppen, mit ihren sowohl produktiven als auch verhängnisvollen Folgen, wurde durch die Septemberstreiks verstärkt, gehörte aber nicht zu deren Ursachen.

Aber warum wurden die Septemberstreiks nicht nur in der Studentenbewegung, sondern auch in der allgemeinen Öffentlichkeit weitaus stärker rezipiert als die lokalen wilden Streiks zuvor? Eine der Antworten auf diese Frage ist neben der allgemeinen Politisierung der bundesdeutschen Gesellschaft nach 1968, dass die Streikwelle im unmittelbaren Vorfeld der Wahlen zum Deutschen Bundestag stattfand. Politiker zumindest der großen wahlkämpfenden Parteien äußerten auch deshalb Verständnis für die Forderungen der Streikenden. So betonte auch Wirtschaftsminister Schiller, dass die Streiks an seine Forderung nach »sozialer Symmetrie« anknüpfen würden.<sup>32</sup> Und tatsächlich griffen die Forderungen der Streikenden die »moralische« Logik der Schillerschen Wirtschaftspolitik auf. Das überwiegend »verständnisvolle« Entgegenkommen führte zugleich mit sich, dass durchaus vorhandene antikommunistische Mobilisierungsversuche insgesamt wenig glaubwürdig erschienen. Die öffentliche Wirksamkeit der Streikwelle stellte somit auch einen Reflex auf die Abschwächung des Ost-West-Konfliktes dar, die wilden Streiks konnten nunmehr – langsam und vorläufig – wieder aus ihrem lokalen und informellen Untergrund auftauchen.<sup>33</sup> Wo allerdings Wünsche geäußert wurden, die den Rahmen der Schillerschen »sozialen Symmetrie« zu übersteigen drohten, kam es durchaus auch im September 1969 zu einer Zuspitzung und Polarisierung der Konflikte. Das gilt – neben dem Streik in

<sup>31</sup> Zu den Umfragen des ifas und der Befragung von Schumann et al. in vier Streikbetrieben siehe Birke, Wilde Streiks, S. 262 und 265.

<sup>32</sup> Vgl. zu den Politikerreaktionen u.a. Schmidt, Ordnungsfaktor, S. 156-159.

<sup>33</sup> Auch die Bedeutung dieser Verschiebung wird in der knappen Darstellung von Michael Kittner übersehen, der die Streiks von 1969 völlig ihrem Kontext enthoben als »reine Lohnkämpfe« versteht: Michael Kittner, Arbeitskampf. Geschichte, Recht, Gegenwart, München 2005, S. 684.

fünf Dortmunder Zechen, bei dem u.a. die Forderung nach Erhöhung des Grundlohnes von etwa 600 auf 1000 DM formuliert wurde – vor allem für den Verlauf von zwei Arbeitskämpfen migrantisch geprägter Belegschaften in der metallverarbeitenden Industrie – bei Hella in Lippstadt und beim Automobilzulieferer Ehrenreich in Oberkassel.<sup>34</sup> In Lippstadt ging es explizit um die Abschaffung der unteren Lohngruppen, in die die migrantischen Arbeiterinnen eingruppiert worden waren. In Oberkassel betraf die Auseinandersetzung die Akkorde für Bandarbeiter. Anders als für den Verlauf der Septemberstreiks üblich, aber durchaus in Anschluss an die geschilderten Traditionen seit den frühen 1960er Jahren, wurden diese beiden Streiks mit dem Eingreifen der Polizei (Hella) bzw. mit Hilfe einer massiven Mobilisierung von ausländerfeindlichen Ressentiments (Ehrenreich) beendet. Doch gerade diese Streiks verwiesen zugleich auf ein Potenzial, das in den Jahren nach 1969 bedeutender werden sollte: Die Festgeldforderungen der Septemberstreiks eröffneten ein Feld, auf dem sich die bis dahin völlig getrennte lokale Tradition migrantischer Kämpfe um Arbeits-, Wohn- und Lebensbedingungen auf die Forderungen der Kernbelegschaften beziehen konnte.

1969 waren die traditionellen Kerne, die den aktivistischen Flügel der bundesdeutschen Arbeiterbewegung nach 1949 geprägt hatten, noch einmal die dynamische Kraft der Streikwelle. Im Mittelpunkt nicht alleine des öffentlichen Interesses, sondern auch der faktischen Bewegung, standen die Belegschaften in den montanmitbestimmten Betrieben des Ruhrgebietes, in denen auf der Grundlage der Arbeitsteilung, die sich in der Tarifpolitik der IGM in den 1960er Jahren entwickelt hatte, die »zweite Lohnrunde« ihre stärkste Ausprägung erfuhr. Die »Veröffentlichung« dieser zuvor allgemein nur sehr selten wahrgenommenen Tradition kehrte die Politik der »individuellen« Lohnforderungen einzelner »starker« (und gewerkschaftlich organisierter sowie sozialdemokratisch dominierter) Belegschaften nach außen. Damit konnte sich zumindest potenziell eine Art »solidarische Lohnpolitik von unten« entwickeln, die zugleich Ansatzpunkte für eine Kritik des tayloristischen Fabrikregimes mit seiner Orientierung an »Leistungslöhnen« und an der Umsetzung dieses Regimes in Form der Tarifverträge insgesamt enthielt. »Das Brot ist für alle teurer geworden, also müssen auch die Löhne gleich steigen« – diese Mentalität der Streikenden bezog ihre Inspiration aus den Feldern der Reproduktion und einer Gebrauchswertorientierung, die der Idee der »leistungsgerechten Bezahlung« diametral entgegenstand. Was

<sup>34</sup> Vgl. IMSF, Septemberstreiks, S. 124-130.

Beverly Silver die »Diffusion« der Streikbewegungen genannt hat, hatte in dieser Mentalität auch im lokalen Maßstab eine entscheidende Grundlage.<sup>35</sup> Damit bin ich bei der Frage nach der Transformation der bundesdeutschen Streikkultur nach 1969.

### Die Transformation der Streikkultur bis 1973

Während die IG Bergbau die wilden Streiks im September 1969 bekämpfte und deren Ursachen in ihrem Zentralorgan »Einheit« auf die Aktivität von »Rädelsführern« reduzierte,<sup>36</sup> versuchten die damals »linken« Einzelgewerkschaften IG Metall und IG Chemie aus der Erfahrung zu lernen. Beide strebten in den folgenden Jahren eine zumindest formelle Dezentralisierung ihrer Tarifpolitik an. Zudem erhoben sie, wie andere Einzelgewerkschaften auch, nach 1969 Lohnforderungen in Rekordhöhe, wobei sie allerdings zugleich zum Prinzip der prozentualen Lohnsteigerungen zurückkehrten. Im Herbst 1970 erreichte die IG Metall nach einer Welle von Warnstreiks in der Metallindustrie und im Stahlsektor, deren Ausmaß das der Septemberstreiks noch übertraf, jeweils Lohnerhöhungen von über 10%.<sup>37</sup> Dabei zahlte sich die tarifpolitische Dynamik, die sich im Kielwasser der Septemberstreiks entwickelte, für die Gewerkschaften durchaus aus. Anfang der 1970er Jahre begann der gewerkschaftliche Organisationsgrad in fast allen Gewerkschaften wieder zu steigen. Trotz der Wut und Enttäuschung, die sich angesichts des Verhaltens mancher gewerkschaftlicher Repräsentanten während der Septemberstreiks in den Belegschaften breitgemacht hatte, profitierte insbesondere die IG Metall von der wachsenden Bereitschaft zum offenen Arbeitskonflikt: Ihr Mitgliederzuwachs überstieg auch prozentual jenen aller anderen bundesdeutschen Einzelgewerkschaften.<sup>38</sup>

<sup>35</sup> Systematisch siehe: Beverly J. Silver, *Forces of Labor. Workers' Movements and Globalization since 1870*, Cambridge 2003, S. 20-25.

<sup>36</sup> *Einheit*, Ausgaben 18-23, 1969.

<sup>37</sup> Zur »tarifpolitischen« Reaktion auf die Septemberstreiks vgl. im Detail: Birke, *Wilde Streiks*, S. 300-306.

<sup>38</sup> Zu den weiteren Ursachen dieser Entwicklung siehe auch: Wolfgang Streeck, *Gewerkschaften als Mitgliederverbände. Probleme gewerkschaftlicher Mitgliederrekrutierung*, in: *Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften*, hrsg. von Joachim Bergmann, Frankfurt a.M. 1979, S. 72-110, die zahlenmäßige Entwicklung und den Organisationsgrad dokumentiert: ebd., S. 102-103.

Das Jahr 1971 markierte dann den Beginn einer »Gegenoffensive« der Unternehmer. So wurde ein tariflicher Streik der IG Metall in der metallverarbeitenden Industrie Nordbaden-Nordwürttemberg, der vom 18. Oktober bis 15. Dezember 1971 dauerte, vom Unternehmerverband Gesamtmetall mit einer Massenaussperrung beantwortet.<sup>39</sup> 145.000 Streikenden standen bis zu 360.000 Ausgesperrte gegenüber. Nachdem die Metallunternehmer 1970 noch weitgehende Zugeständnisse gemacht hatten, lehnten sie 1971 sogar einen Schiedsspruch ab, der eine angesichts der fortwährenden Inflation relativ geringe Lohnerhöhung von 7,5% vorsah. Der Versuch der CDU, die Regierung Brandt im April 1972 zu stürzen, wurde innerhalb eines Teiles der Belegschaften als Folge der neuen harten Gangart in der Unternehmerpolitik gesehen und löste eine kleine Welle von Proteststreiks aus.<sup>40</sup> Vom 25. bis 27. April 1972 streikten insgesamt rund 100.000 Beschäftigte vor allem in Großbetrieben gegen das Misstrauensvotum.<sup>41</sup> Ironischerweise bot ausgerechnet der Kontext des gescheiterten Misstrauensvotums für die Gewerkschaften den Anlass, von ihrer in den zwei Jahren zuvor vergleichsweise offensiven Lohnpolitik wieder abzurücken. Auch die IG Metall erklärte sich im Laufe des Jahres 1972 wieder bereit, zur Unterstützung der »Stabilisierungspolitik« der sozial-liberalen Koalition einen »Lohnrahmen« zu akzeptieren. Dies löste im Laufe des Jahres eine erneute Welle von wilden Streiks aus, die sich nicht nur auf einige wenige Wochen, sondern bis zum Spätsommer 1973 erstreckte.

Im Januar 1973 unterzeichnete die IG Metall Tarifverträge für die 4,3 Millionen Beschäftigten in der Metallverarbeitung der verschiedenen Bezirke, die jeweils eine Lohnerhöhung von 8,5% vorsahen.<sup>42</sup> In der Stahlindustrie wurde gleichzeitig eine lineare Anhebung von 46 Pfennig verabredet, die im Schnitt etwa der Lohnerhöhung in der »Verarbeitung« entsprach, wo eine etwas höhere Lohnsteigerung für die unteren Lohngruppen das Auseinanderfallen der Einkommen mildern sollte. Die Unzufriedenheit mit diesen

<sup>39</sup> Vgl. im Detail Regine Meyer, Streik und Aussperrung in der Metallindustrie. Analyse der Streikbewegung in Nordwürttemberg/Nordbaden 1971, Diss., Marburg 1977.

<sup>40</sup> Die organisierten Unternehmer fühlten sich im Zuge der Arbeitskonflikte und der sozial-liberalen Reformversprechen einem »Belagerungszustand« unterworfen und reagierten entsprechend aggressiv. Vgl. Volker Berghahn, Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik, Frankfurt/Main 1985, S. 301-323, insbesondere S. 320.

<sup>41</sup> Müller-Jentsch, Streikbewegungen, S. 63.

<sup>42</sup> Eine detaillierte Zusammenfassung gibt: Express (Redaktionskollektiv), Spontane Streiks 1973 – Krise der Gewerkschaftspolitik, Offenbach am Main 1974.

Abschlüssen war gleichwohl insbesondere im Stahlsektor unüberhörbar. Bei den Urabstimmungen stimmten hier nur 26% der abstimmungsberechtigten Mitglieder der IG Metall für eine Annahme des Verhandlungsergebnisses. Allerdings bestimmte die Satzung der IG Metall, dass dieser Anteil ausreichte, um das Ergebnis anzunehmen. Dennoch reagierten zunächst nur einige wenige wilde Streiks direkt auf das Resultat der Tarifrunde: Insbesondere konnte anders als 1969 eine Arbeitsniederlegung bei der Hoesch AG in Dortmund keine breite Streikwelle auslösen. Gleichzeitig gingen, unverbunden und ohne politische Vernetzung, die lokalen, mit spezifischen Gruppenanliegen begründeten Arbeitskämpfe weiter: Neben Hoesch streikten im Februar 1973 etwa die Beschäftigten einer Schlossfabrik in Velbert für zwei Wochen, ohne dass sich deren Kampf auf die Resultate der Tarifrunde bezog.<sup>43</sup> Ende Februar/Anfang März kam es bei den Profilwalzwerkern von Mannesmann in Duisburg-Huckingen zum Streik. Auch in dieser aufgrund mehrerer erfolgreicher Besetzungen von Betriebsanlagen in der Presse aufmerksam verfolgte Aktion ging es nicht um den Protest gegen die Resultate der Tarifrunde, sondern um die Forderung nach einer Verbesserung der Bedingungen der Akkordarbeiter. Im April kam es dann erstmals seit fast zehn Jahren wieder zu Streiks im VW-Konzern, unter anderem, weil dieser versucht hatte, eine Erfolgsprämie zu streichen.<sup>44</sup> Im Mai verdichteten sich die wilden Streiks im Raum Mannheim: Hier legten in diesem Monat mindestens 29 Belegschaften die Arbeit nieder, vor allem in Maschinenbaubetrieben und bei Automobilzulieferern, aber auch in der Chemischen Industrie.<sup>45</sup>

Im selben Monat handelte die IG Metall mit dem Arbeitgeberverband Eisen und Stahl eine Sonderzahlung aus, was einerseits dazu führte, dass die verstreut bis dahin immer wieder aufflammenden offenen Konflikte in der

<sup>43</sup> Dass der Hoesch-Streik allerdings bei weitem keine mit 1969 vergleichbaren »Wellen« schlug, zeigt die Verschiebung, die mittlerweile im Schwerpunkt der Streikbewegungen eingetreten war.

<sup>44</sup> Eine Schilderung aus Sicht eines Zeitzeugen findet sich in: Gerd Höhne, Wir gehen nach vorn! Erfahrungsbericht über die Arbeitskämpfe bei Mannesmann, Berlin (West) 1974.

<sup>45</sup> Jahrbuch zum Klassenkampf 1973, Sozialistische Initiativen im kapitalistischen Deutschland, hrsg. von Harald Wieser, Berlin (West) 1973, S. 48-72. Dabei spiegelte ein migrantisch geprägter Streik bei der Firma Deere-Lanz in Mannheim sowohl die Kontinuität als auch die Neuzusammensetzung der Streiks seit 1960 wider, vgl. auch Karl Heinz Roth und Elisabeth Behrens, Die »andere« Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart, München 1974, S. 5-8.

Stahlindustrie zurückgingen, andererseits dazu, dass nun eine Streikwelle in der Metallverarbeitung einsetzte.<sup>46</sup> Im Juni und Juli 1973 kam es in insgesamt über 60 Betrieben zu Arbeitsniederlegungen, dazu gehörten erneut die Klöckner Hütte in Bremen und die Firma Hella in Lippstadt. Die Streikwelle erreichte ihren Höhepunkt im August 1973 mit über 100 bestreikten Betrieben bei ca. 80.000 Streikenden: In der zweiten Augushälfte wurden u.a. Ford in Köln, Pierburg in Neuss und Opel in Bochum bestreikt. Im September nahm die Streikwelle etwas ab, es waren aber immer noch fast 80 Betriebe im Ausstand, darunter jetzt auch Teile des öffentlichen Dienstes in Hannover. Im Oktober legten erneut die Beschäftigten der Saarbergwerke die Arbeit nieder. Diese wie 1969 weitgehend erfolglose Aktion bildete den Abschluss der Streikwelle. Insgesamt übertraf das Ausmaß der wilden Streiks jenes von 1969: Die linksgewerkschaftliche Zeitschrift »express« zählte insgesamt 275.000 Beteiligte in 335 Betrieben. Im Vergleich zu den Septemberstreiks, an denen sich lediglich die Belegschaften von 69 Betrieben beteiligt hatten, fiel auf, dass die Zahl der bestreikten Klein- und Mittelbetriebe deutlich höher war. Außerdem waren die Betriebe der expandierenden metallverarbeitenden sowie der Elektro- und Automobilindustrie in die Streikwelle ganz anders als im September 1969 eingebunden.

Im Verlauf dieser Streiks wurde die Lohnhierarchie erneut in Frage gestellt, und in diesem Zusammenhang gerieten endgültig auch die Arbeitsbedingungen der Bandarbeiter in den Blickpunkt der praktischen Kritik. Der Arbeitskampf bei Ford in Köln-Niehl im August 1973 steht exemplarisch für diesen Umstand.<sup>47</sup> Er entzündete sich an der Entlassung einiger hundert migrantischer Kollegen, die zu spät aus dem Sommerurlaub zurückgekehrt waren. Dazu kam eine lineare Lohnforderung, die zu Beginn des Streikes von 60 Pfennig auf eine Mark gesteigert wurde. Außerdem wurde die in diesem Betrieb bereits traditionsreiche Forderung nach zusätzlichen Pausen an den Fließbändern erhoben. Im Rahmen des Arbeitskampfes wurde der Betrieb von ganz überwiegend migrantischen Beschäftigten besetzt, während es zu

<sup>46</sup> Zum Streik bei Opel siehe auch: Peter Birke, Eine kleine Vor- und Frühgeschichte der wilden Streiks – bei Opel Bochum und anderswo, in: Sechs Tage der Selbstermächtigung. Der Streik bei Opel in Bochum Oktober 2004, hrsg. von Joachim Gester und Willi Hajek, Berlin 2005, S. 17-34.

<sup>47</sup> Im Detail siehe für das Folgende (Gruppe) Arbeiterkampf, Streik bei Ford in Köln, Köln 1973. Zur Geschichte der migrantischen Kämpfe siehe auch: Manuela Bojadžijev, Antirassistischer Widerstand von Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik: Fragen der Geschichtsschreibung, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, Nr. 1, Bremen 2002, S. 125-152.

einer wachsenden Entsolidarisierung der überwiegend deutschen Facharbeiter kam. Am Ende wurde Ford in Zusammenarbeit zwischen Vorgesetzten und Polizei »zurückerobert«. Trotz der Niederlage der Streikenden entfaltete dieser eine nachhaltige öffentliche Wirkung, die bis heute alle anderen wilden Streiks der hier behandelten Periode in den Schatten stellt. Allerdings war die Reaktion der Presse, ebenso wie der spektakuläre Appell von Bundeskanzler Brandt, der während des Ford-Streiks in einer im Fernsehen übertragenen »Rede an die Nation« zur »Mäßigung« aufrief, vor allem von einer Ablehnung der angeblichen »Krawalle« geprägt. Dass nach einer infas-Umfrage über 90% der Befragten von dem Streik gehört hatten, war wohl auch den rassistisch gefärbten Schlagzeilen der Boulevardpresse zu verdanken, die in großen Buchstaben vom »Türken-Terror in Köln« sprachen. Nicht nur angesichts des Ford-Streiks war auffällig, dass es sich bei einem bedeutenden Teil der Streikwelle des Jahres 1973 um migrantische Kämpfe handelte. Und nicht alle diese Kämpfe endeten mit Niederlagen: So griffen wilde Streiks von überwiegend migrantischen Frauen in der Elektroindustrie nach dem Vorbild der Aktionen bei Hella in Lippstadt von 1969 erneut die so genannten Leichtlohngruppen an, erreichten punktuell durchaus die Unterstützung der Öffentlichkeit (einschließlich der neuen Frauenbewegung) und schafften es, einige Jahre bevor dies auch im Tarifvertrag bestätigt wurde, das Prinzip der formalen Lohngleichheit durchzusetzen.

Während die IG Metall die Frauenstreiks punktuell unterstützte, stand sie den meisten anderen »wilden« Aktionen 1973 wesentlich ablehnender gegenüber als 1969. Dies hing auch damit zusammen, dass sich 1973 in einigen Betrieben eine linksgewerkschaftliche Opposition etabliert hatte, die Arbeitsniederlegungen zwar keineswegs initiiert, aber doch in ihrem Verlauf gefördert hatte.<sup>48</sup> Gruppen wie die GOG bei Opel in Bochum, die plakat-Gruppe bei Daimler oder die »Kölner Fordarbeiter« stellten eine örtliche Bedrohung etablierter gewerkschaftlicher Hierarchien in Betriebsräten und Vertrauensleutekörpern dar, während die migrantischen Beschäftigten meist über ihre eigenen, von der deutschen radikalen Linken durchaus unabhängigen, Netzwerke verfügten. Nicht nur in der IG Metall, sondern auch in anderen Einzelgewerkschaften wie der DRUPA oder der IG Chemie, begann um 1973 eine massive betriebliche Repressions- und überbetriebliche Abschlusswelle, die in ihrem Ausmaß schließlich das der antikommunistischen

<sup>48</sup> Vgl. exemplarisch: Birke, Wilde Streiks, S. 21-22.

»Säuberungen« der 1950er Jahre erreichte.<sup>49</sup> Gleichwohl darf der »linke« Einfluss in den 1973er-Streiks nicht überschätzt werden: Nachdem sich die Neue Linke seit Anfang der 1970er Jahre stark differenziert hatte und zugleich ein Prozess der Dogmatisierung und Verselbständigung der radikalen Gruppen eingesetzt hatte, waren 1973 viele der um 1970 entstandenen aktivistischen Gruppen bereits wieder verschwunden. Und schließlich bestand die Reaktion der Gewerkschaften und der Unternehmensführungen gegenüber den neuen Inhalten und Ausdrucksformen der wilden Streiks von 1973 keineswegs nur in der Repression: So hatte beispielsweise die IG Metall Forderungen nach einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen in ihre tarifpolitische Strategie aufgenommen, wie in der Auseinandersetzung um den Lohnrahmentarif in Nordwürttemberg-Nordbaden im Spätherbst 1973 exemplarisch deutlich wurde.

Am Vorabend der Weltwirtschaftskrise hatte sich die Kultur der wilden Streiks deutlicher als zuvor in ihrer ganzen Differenziertheit und Vielfältigkeit dargestellt: Beteiligt waren nicht alleine männliche Facharbeiter mit deutschem Pass, sondern die verschiedensten Beschäftigtengruppen, die jeweils einen spezifischen, lokalen Sinn mit ihren Aktionen verbanden. Die Veröffentlichung der gegen die Bandarbeit usw. gerichteten Anliegen hatte ebenso wie die Kritik an der geschlechtsspezifischen und ethnisierten betrieblichen Hierarchie ein befreiendes Moment. Indirekt und ohne dass deren Eingriffe überschätzt werden dürfen, verband diese Differenzierung und Individualisierung die wilden Streiks mit anderen zeitgenössischen Protestbewegungen, die sich selbst jenseits der Sphäre der Lohnarbeit verorteten.<sup>50</sup>

### Bilanz und Ausblick

Mindestens drei Aspekte scheinen mir an der skizzierten historischen Entwicklung wilder Streiks bedeutend zu sein. Erstens formulierten viele der Kämpfe den alten Anspruch an eine Demokratisierung der Arbeitsbeziehungen neu. Dies ergab sich schon aus der Notwendigkeit der kollektiven

<sup>49</sup> Eine Bilanz zieht: Rainer Erd, Gewerkschaftsausschlüsse in den 70er Jahren, in: Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1977/78, S. 166-175.

<sup>50</sup> Hier kann u.a. darauf hingewiesen werden, dass die ersten Mieterkämpfe (nicht nur) in Frankfurt/Main um 1973 ebenfalls migrantisch geprägt waren – und zugleich einen Ausgangspunkt der »Vervielfältigung« der bundesdeutschen sozialen Bewegungen boten.

Übernahme der Verantwortung für die Streiks, um einzelne Kolleginnen und Kollegen vor Kündigungen zu schützen. In einigen der Aktionen entstanden permanente Versammlungen und gewählte Streikkomitees. Auch wenn Vertrauensleute und Betriebsräte durchaus häufig an der Organisation beteiligt waren, waren die Trägerinnen und Träger der Aktionen in den allermeisten Fällen personell nicht identisch mit einer der repräsentativen Instanzen. Auch insofern illustrierten die wilden Streiks der 1960er Jahre den Abstand und das Auseinanderfallen von gewerkschaftlicher Politik und lokal artikulierten Bedürfnissen. Nach 1969 geriet die Regulation der Arbeitsbeziehungen auf dieser Grundlage in eine offene Krise. Wichtig ist hier auch, dass die wilden Streiks zunächst einen Schwerpunkt in den montanmitbestimmten Betrieben hatten und häufig zu einer direkten Konfrontation mit den von den Gewerkschaften bestimmten Arbeitsdirektoren führten. Die Praxis der wilden Streiks griff insofern die historischen Grenzen der repräsentativen Wirtschaftsdemokratie auf. Die organisierten Unternehmer versuchten, sich dies schon anlässlich der Septemberstreiks zu Nutze zu machen, indem sie behaupteten, dass sich die Arbeitskämpfe vor allem gegen die Arbeitsdirektoren und damit die Gewerkschaften gerichtet hätten. Doch im Zyklus der Arbeitskämpfe wurden bis 1973 die Folgen der Fließbandarbeit, der betrieblichen Überwachung und Kontrolle, die autoritäre Herstellung der Fabrikdisziplin thematisiert. Zugleich griffen die Festgeldforderungen Lohnhierarchien an. All dies sprach zunächst gegen eine einfache Instrumentalisierung der wilden Streiks. Forderungen nach einer Einschränkung der betrieblichen Rechte blieben zunächst eine Randerscheinung. Wer wirksam gegen die »Unruhe« vorgehen wollte, musste vielmehr an der Wurzel, an den Widersprüchen der Bewegungen selbst anknüpfen.

Damit komme ich zum zweiten Aspekt, der hier kurz benannt werden soll: Die Gleichzeitigkeit einer demokratischen und einer ausgrenzenden Tendenz innerhalb der Belegschaften. Die migrantischen Streiks haben rassistische Gegenreaktionen hervorgerufen, die nicht ausschließlich Resultat einer Pflege der Ressentiments von »außen«, etwa durch die Boulevardpresse, waren. Die Angriffe auf die streikenden Migranten wurden in manchen Betrieben auch durch einen Teil der Belegschaft mit deutschem Pass vorgenommen, denen es um die Verteidigung der im Rahmen der Unterschichtung erworbenen Vorteile ging. Wie zu Beginn der 1960er Jahre konnte auch aus diesem Grunde kurzfristig gegen die migrantisch geprägten Streiks mit weitaus stärkeren Repressionen vorgegangen werden als sonst üblich. Strategien, die die Forderungen der Streikenden aufnehmen und integrieren

sollten, wirkten gegenüber dieser repressiven Art der Konsensproduktion dagegen 1973 eher indirekt und langfristig: Deutlich wurde dies zunächst in der Kampagne der württembergischen IG Metall für Bandpausen und andere »qualitative« Forderungen, die einer innergewerkschaftlichen Tradition entsprach, Forderungen, die im »gefährlichen« Nordrhein-Westfalen erhoben wurden, im »Pilotbezirk« Nordwürttemberg-Nordbaden zu »tarifizieren«. Zugleich nahm die Bundesregierung die Arbeitskämpfe zum Anlass, ihr Programm der »Humanisierung der Arbeit« zu forcieren. Ohne dies hier im Einzelnen ausführen zu können, kann konstatiert werden, dass sich die Wirkungen der Streikwelle auch auf Dauer als ambivalent erwiesen. Die Forderungen nach einer Verbesserung der Arbeitssituation an den Fließbändern entsprachen einem allgemeinen gesellschaftlichen Trend, der nach Individualisierung und Selbständigkeit verlangte. Nicht nur die stündliche fünfminütige »Steinkühler-Pause« in der süddeutschen Autoindustrie, auch die Forcierung von Gruppenarbeit und letztlich die Etablierung von Formen der »indirekten Steuerung« hatten ihre Wurzeln unter anderem in den Forderungen streikender Belegschaften.

Dass am Ende eines Konfliktes, besonders auf lange Sicht, die Forderungen der streikenden Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter »auf den Kopf gestellt« werden, hat auch mit den Begrenzungen eines Kampfes zu tun, der durch die Aufteilung der Arbeitsmärkte bestimmt ist. Der Kampf um soziale Rechte, die unabhängig von diesen Aufteilungen bestehen können, steht neben den regressiven Tendenzen, die sich immer wieder im Rahmen der Kämpfe artikulieren. In engem Zusammenhang damit stehen die Konflikte, die sich aus der Orientierung der Forderung der Arbeiterbewegung am Nationalstaat ergaben. Im Rahmen dieser Konflikte müssen auch die Beziehungen zwischen »alten« und »neuen« sozialen Bewegungen verortet werden. Interessant ist hier unter anderem, wie sich in den Streikbewegungen nach 1967 eine merkwürdige *Glokaliät* herstellte. So kann etwa in Bezug auf die Entwicklung des relativen Streikvolumens durchaus behauptet werden, dass es sich bei der Zunahme der Arbeitskämpfe seit 1968/69 um ein »globales« (oder zumindest westeuropäisches und nordamerikanisches) Phänomen handelte.<sup>51</sup> Die bürgerliche Presse war sich dessen wohl bewusst, als sie die Septemberstreiks 1969 als die »englische Krankheit« bezeichnete, die nun-

<sup>51</sup> Vgl. u.a. The Resurgence of Class Conflict in Western Europe since 1968, Band 2: Comparative Analyses, hrsg. von Colin Crouch und Alessandro Pizzorno, London und Basingstoke 1978, sowie Labor Unrest in the World Economy, hrsg. von Giovanni Arrighi, Beverly J. Silver und Melvyn Dubofsky, *Journal of the Fernand Braudel Cen-*

mehr auch »den deutschen Arbeiter« zu erfassen drohe. Allerdings spielte diese Wahrnehmung der Grenzenlosigkeit in den Streikbewegungen selbst kaum eine Rolle. Globale Politik im expliziten Sinne blieb um 1970 Sache der zentralen gewerkschaftlichen Instanzen und des Staates. Auch der Eingriff linker und internationalistischer Gruppen in die Arbeitskämpfe hat an diesem Umstand nichts Grundlegendes ändern können. Die wilden Streiks trugen schließlich wohl eher indirekt zu einer Erosion der nationalstaatlichen Regulation der Arbeitsmärkte bei, etwa, indem sie halfen, einige ihrer damaligen Eckpfeiler, wie z.B. die Einkommenspolitik der Konzertierte Aktion, ins Wanken zu bringen. Wichtig wäre gleichwohl, das Verhältnis zwischen »alten« und »neuen« sozialen Bewegungen differenzierter zu fassen. Gerade die wilden Streiks zeigen, dass die in der Forschung bis heute immer noch übliche Aufteilung zwischen einem abgegrenzten Feld der »alten« nationalen Arbeiterbewegungen und »transnationalen« neuen sozialen Bewegungen problematisch ist und, wenn überhaupt, eher als eine Art Spannungsverhältnis gedacht werden muss. Während die betrieblichen Proteste in den sozialen Bewegungen der 1970er Jahre durchaus Spuren hinterließen, hat die »Bewegungsforschung« diese oft allzu voreilig implizit oder explizit für erledigt erklärt.

Aber was bleibt von den Arbeitskämpfen der 1960er und frühen 1970er Jahre angesichts der permanenten Abwehrkämpfe, in die die betrieblichen Proteste heute verstrickt sind? Bedeutend ist meines Erachtens, sich zu vergegenwärtigen, dass die historische Fabrik, d.h. die taylorisierte Lohnarbeit, ihre gesundheitsschädlichen Formen und die mit ihr verbundenen Hierarchisierungen und Abwertungen, nicht zuerst von »oben« angegriffen wurden. Auch wenn die vorgebliche und meistens eher phantasierte »Stabilität« der 1960er Jahre heute manchmal als erstrebenswert erscheinen mag: Auch in dieser »goldenen« Zeit wurden die Fabriken nicht selten wie Gefängnisse empfunden, und die Sehnsucht nach einem Ausbruch drückte sich unter anderem auch in den wilden Streiks aus. Es ist ein wichtiges Anliegen einer kritischen Arbeitergeschichte, den kurzen Moment zu ergreifen, in dem diese Kämpfe ihren eigenen Sinn verfolgten, der relativ unabhängig von den arbeitspolitischen »Reformen« bestand, mit denen ihnen schließlich begegnet wurde.

*tre for the Study of Economics, Historical Systems and Civilisations*, Nr. 1, Binghamton 1995.